

Vierteljährlicher Abonnements-Preis  
für Halle und unsere unmittelbaren  
Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp.  
Post-Anstalten überall nur:  
26 1/4 Sgr.

# Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-  
genommen: In Leipzig in der  
Buchhandlung von G. Kirchner,  
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.  
In Magdeburg in der Kreuz-  
schen Buchhandlung, Breite-  
weg No. 156.

Hallische  
für Stadt



Zeitung  
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N<sup>o</sup> 99.

Halle, Sonntag den 29. April  
Hierzu eine Beilage.

1849.

## Deutschland.

Halle, d. 28. April. Der heutige „Preussische Staats-  
Anzeiger“ enthält Folgendes:

Als Ew. Königliche Majestät durch das Allerhöchste Patent vom 5. Dezember v. J. die beiden Kammern zu der am 26. Februar d. J. eröffneten Session beriefen, geschah dies in der Hoffnung, daß die Verhandlungen derselben zur Befestigung eines gedeihlichen inneren Zustandes führen würden. Diese Hoffnung muß bei dem Gange, welchen in den letzten Wochen die Verhandlungen in der zweiten Kammer genommen haben, leider! aufgegeben werden. Die während dieser Zeit von der zweiten Kammer gefaßten Beschlüsse beruhen größtentheils auf Abstimmungen, bei welchen eine oder wenige Stimmen bald für die eine, bald für die andere Seite des Hauses in einer Weise den Ausschlag gaben, die keinen Zweifel darüber ließ, daß das Resultat sehr häufig lediglich die Folge zufälliger Umstände war. Wir halten es nach pflichtmäßiger Erwägung für verderblich, die Revision der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember v. J. und die Gestaltung der an dieselbe sich anschließenden organischen Gesetze solchen Zufälligkeiten preiszugeben.

Außerdem sind wir der Ueberzeugung, daß die zweite Kammer sich nicht immer in den Schranken ihrer Befugnisse gehalten hat. Eine Ueberschreitung ihrer Befugnisse finden wir in dem am 21. d. Mts. gefaßten Beschlusse, durch welchen die von der deutschen National-Versammlung in Frankfurt beschlossene Verfassung für rechtsgültig erklärt wird, und eben so in dem Beschlusse vom gestrigen Tage, durch welchen nicht nur die Fortdauer des über Berlin verhängten Belagerungszustandes, die wir gegenwärtig noch zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit für unerläßlich erachten, im Widerspruch mit dem Artikel 110 der Verfassungs-Urkunde für ungeseklich erklärt, sondern auch die sofortige Aufhebung desselben gefordert wird.

Aus vorstehenden Gründen halten wir es im Interesse des Landes für nothwendig, daß die zweite Kammer aufgelöst und demgemäß, nach Artikel 76 der Verfassungs-Urkunde gleichzeitig die erste Kammer vertagt werde. Wir dürfen uns der Hoffnung, daß diese Maßregel von der Mehrzahl der Gutgesinnten im Lande mit Beifall aufgenommen werden wird, um so zu-

versichtlicher hingeben, als zu unserem tiefen Schmerze die Rednerbühne in der zweiten Kammer nur zu oft dazu gemißbraucht worden ist, Grundsätze offen zu verkünden, welche geeignet sind, den Umsturz der bestehenden Verfassung und jeder gesetzlichen Ordnung vorzubereiten.

Indem wir Ew. Königlichen Majestät den Entwurf der Auflösungs-Verordnung zur Allerhöchsten Vollziehung ehrfurchtsvoll überreichen, behalten wir uns die in Folge der Auflösung der zweiten Kammer nach Art. 49 der Verfassungs-Urkunde erforderlichen weiteren Anträge unterthänigst vor.

Berlin, den 27. April 1849.

Das Staats-Ministerium.

(gez.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. Freiherr  
v. Manteuffel. v. Strotha. von der Heydt.  
Graf v. Arnim. v. Rabe. Simons.

An  
des Königs Majestät.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König  
von Preußen etc.  
verordnen auf Grund der Artikel 49 und 76 der Verfassungs-  
Urkunde vom 5. Dezember 1848, nach dem Antrage Unseres  
Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1.

Die zweite Kammer wird hierdurch aufgelöst.

§. 2.

Die erste Kammer wird hierdurch vertagt.

§. 3.

Unser Staats-Ministerium wird mit der Ausführung der  
gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer höchstehändigen Unterschrift  
und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Bellevue, den 27. April 1849.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Man-  
teuffel. von Strotha. von der Heydt. Graf  
von Arnim. von Rabe. Simons.

Verordnung,  
betreffend die Auflösung der zweiten und die  
Vertagung der ersten Kammer.

## Auflösung der zweiten Kammer in Berlin.

**Halle**, d. 28. April. Die konstitutionelle Maschine unseres Staates steht abermals stille. Die zweite Kammer ist aufgelöst, die erste vertagt. Worauf gründet sich diese Maßregel? Das Ministerium hat seinen Schritt theilweise begründet. Wir geben uns der gerechten Hoffnung hin, daß es die volle Wahrheit sagen, daß es das Land beruhigen werde, welches ein Recht hat zu fordern, daß die Regierung Vertrauen zum edlern Theile der Nation habe. Leider aber haben wir es auch diesmal wieder schmerzlich empfinden müssen, daß die zweite Kammer sich hat zur Aufführung von Szenen hinreißen lassen, die allen Glauben an eine vernünftige Entwicklung zu nichte machen. Die Kammer stand auf dem Punkte, die würdige Nachfolgerin der seligen Nationalversammlung zu werden. Parlamentarisch undisciplinirt, wie sie war, bestand sie aus Elementen, denen ein geordnetes oder der Ordnung zustrebendes Staatsleben schwerlich einen Platz in der Gesetzgebung gestatten darf. Die Opposition, stark durch ihre Zahl und durch ihren Mangel an politischem Geiste, war keine konstitutionelle, keine gouvernementale, sie war eine absolute Negation der konstitutionellen Prinzipien, sie war noch mehr als dieses, sie war, zum Theil wenigstens, die revolutionäre Negation jeglicher Staatsform, die ihre Grundlagen in der Sittlichkeit, in der Humanität, in der Civilisation erkennt. In einer preussischen Abgeordneten-Kammer stand auf der äußersten Linken verhüllt das Banner der rothen Republik. Auf der äußersten Rechten hatte sich eine ministerielle Fraktion niedergelassen, die nach ihrem ministeriellen Vorbilde das Verständniß der konstitutionellen Regierungsform nicht finden konnte, weil sie es aus Liebe zu dem alten System nicht zu finden vermochte. Zwischen beiden feindlichen Polen ein Centrum, von patriotischen Gefühlen befeelt, aber in allerlei Volk zersplittert, das mit Ausnahme Wincke's, des unerreichten Hüters konstitutioneller Formen und des schlagfertigsten politischen Redners, von keinem glänzenden Talente geführt wurde. Alle wichtigen Abstimmungen zeigen, wie die Parteien unter sich und die ganze Kammer im Verhältnis zum Ministerium inkommensurable Größen waren. Die wichtigsten Beschlüsse kamen kaum mit Majoritäten von ein bis vier Stimmen zu Stande. Das Abstimmen war zu einem verderblichen Würfelspiele des Zufalls geworden. Möglich, daß dies zugleich die Folge war eines Cabinets ohne Initiative, ohne allen Einfluß in der Kammer, oder höchstens mit dem schädlichen, die Opposition mit Stimmen zu bereichern; aber gewiß ist, daß mit dieser Kammer eine geordnete konstitutionelle Regierung undenkbar war. Die deutsche Frage und die Stellung, welche die Regierung zu derselben eingenommen, die rücksichtslose Position der zweiten Kammer in derselben hochwichtigen Angelegenheit, die Verhandlungen über das Vereinsrecht, über den Belagerungszustand zeigen uns nur zu deutlich, daß eine Katastrophe über Kurz oder Lang zu erwarten war. Deputirte und Minister wetteiferten mit einander, die Erfahrungen der größten Staatsmänner mit selbstgefälliger Leichtfertigkeit zu verachten und die mächtigsten Gründe mit den lächerlichsten und unedelsten Gemeinplätzen zu bedecken. Wollte man nicht die Staatsmaschine zum Stillstand bringen, so mußte der gordische Knoten durchhauen werden, das Ministerium mußte abtreten oder die Kammer auseinandergehen. Man hat die letztere Alternative vorgezogen. „Mag nun auch die Auflösung überraschen, die Ueberzeugung — dies sind Worte der deutschen Reform — stand fest, es war schon oft genug in der Kammer, noch öfter in der Presse, der preussischen, wie der außerpreussischen, der deutschen, wie der außerdeutschen, die Ansicht ausgesprochen: das gegenwärtige Ministerium könne mit der gegenwärtigen zweiten Kammer nicht mehr regieren; es müsse diese

Kammer auflösen oder zurücktreten. Seit dem gestrigen Beschlusse der zweiten Kammer handelt es sich nicht mehr um jene Alternative. Dem Beschlusse der Kammer, welcher in die Exekutive der Regierungsgewalt eingriff und Art. 43. der Verfassung: „Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu“ verlegte, durfte die Regierung nur mit einer Auflösung antworten, wenn sie nicht selbst die verfassungsmäßigen Rechte der Exekutivgewalt aufgeben, wenn sie nicht das Prinzip der konstitutionellen Regierung überhaupt in Frage stellen wollte. Eine Vertagung würde die Frage nicht gelöst, sondern die Entscheidung nur aufgeschoben haben: das Prinzip selbst würde nicht gewahrt worden sein. Die Gefahren einer unzeitigen Nachgiebigkeit gegen das Uebergreifen der zur Theilnahme an der Gesetzgebung berufenen Volksvertretung standen durch das Beispiel der National-Versammlung, durch die verderblichen Folgen der Beschlüsse vom 9. August und 7. September v. J. in frischem Gedächtniß. Blieb bei dieser Kompetenz-Ueberschreitung der zweiten Kammer der Regierung keine andere Wahl als die Auflösung, so sprachen aber auch noch viele Gründe aus dem ganzen bisherigen Verhalten der Kammer für die Zweckmäßigkeit des Schrittes. Das Urtheil im Lande ist nicht zweifelhaft darüber, was die zweite Kammer bisher gewirkt, sowie darüber, welche Kraft sie der Regierung zu einer starken Durchführung der Exekutivgewalt verliehen: die Regierung wird getrost an dieses Urtheil appelliren dürfen. Mußte sie sich dazu sagen, daß die innere Zerklüftung der Kammer in Parteien und Gegensätze, welche die Majorität täglich mehr verrückten, und es jedem Ministerium unmöglich gemacht haben würde, sich eine sichere Majorität zu bilden; trat endlich dazu die Haltung der Versammlung in der gestrigen Sitzung, wo man von der Tribüne herab die rücksichtslose Proklamirung republikanischer Grundsätze vernahm: so mußte man zu der traurigen Ueberzeugung gelangen, daß das Vaterland für die Begründung wahrer konstitutioneller Freiheit von dieser Kammer nichts zu hoffen habe.“

So sind denn unsre Hoffnungen, unsre glühenden Wünsche für die Freiheit und die Macht unsres Vaterlandes zum zweiten Male vernichtet worden. Mit verdoppelter Stärke wendet sich jetzt unsre Hoffnung nach Frankfurt. Dort allein liegt die Lösung für unser deutsches Vaterland, die sie an der Spree finden sollte, aber aus unseligem Mißverständnis nicht gefunden hat. Mögen die Männer in Frankfurt feststehen, mögen sie sich erinnern, daß das Volk hinter ihnen steht, bereit den deutschen Areopag gegen jegliches Attentat zu schirmen. Sie haben die Pflicht, das einheitliche Deutschland, den deutschen Bundesstaat herzustellen und sie werden diese Pflicht erfüllen — ganz, bald und gewiß!

**Berlin**, d. 27. April. Wir erfahren so eben, daß die hannoversche 2te Kammer aufgelöst worden ist. (D. N.)

**Frankfurt a. M.**, d. 25. April. Hr. v. Beckerath ist heute von Berlin zurückgekehrt, und bringt, wie wir hören, gute Aussichten mit, sofern nur die deutsche Nationalversammlung in den in Preußen stattfindenden Entwicklungsprozeß nicht durch störende Beschlüsse eingreift.

**Mugsburg**, d. 24. April. In den hiesigen Blättern steht heute eine von Eduard Widenmann unterzeichnete Aufforderung, sich für Annahme der Reichsverfassung auszusprechen; der Magistrat scheint jedoch die Sache selbst in die Hand nehmen zu wollen, denn in einer gestern Abend stattgefundenen außerordentlichen Sitzung des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten wurde mit überwiegender Stimmenmehrheit beschlossen, eine Adresse um unverweilte Einberufung der Kammer an Se. Majestät den König zu richten, und eine Kommission zur Abfassung derselben niedergesetzt. Morgen den 25.

April soll dieselbe in öffentlicher Magistrats-Sitzung verhandelt werden.

**Altona, d. 25. April.** Gestern traf hier ein Offizier vom General Prittwitz mit Depeschen an den Kriegsminister Strotha in Berlin ein, welcher mehrere Degen von gefangenen dänischen Offizieren mit sich führte. In Kolding sind im Ganzen nur 124 Häuser niedergebrannt, jedoch ist eine Masse Häuser arg zugerichtet. General Prittwitz hat sein Hauptquartier weiter hinauf nach dem Norden verlegt.

Es heißt, daß das 13. dänische Infanterie-Regiment nicht das Gewehr gestreckt habe. Der als eine Flucht angesehen werden könnende Rückzug dieses Regiments mag zu diesem Gerüchte Veranlassung gegeben haben. Doch ist das sogenannte kleine Husarenregiment fast gänzlich aufgerieben. Von dem 750 Mann starken Regiment sind höchstens 50 Mann entkommen, der übrige Theil aber größtentheils dem Tode geweiht. 140 Mann von diesem Regimente, welche größtentheils verwundet sind, liegen in Christiansfeld. Unter ihnen befindet sich auch der Regimentskommandeur, Oberst v. Gutmacher.

**Altona, d. 26. April.** Für 12,000 Mann Preußen ist in Hadersleben Quartier angesagt. Hiermit sind alle die Gerüchte, daß die Preußen Ordre haben, nicht in Jütland einzurücken, aufs Bündigste widerlegt, 63 Verwundete wurden gestern nach Hadersleben gebracht. Ueber die Zahl der Verwundeten und Todten unserer Seits wissen wir noch nichts Bestimmtes. So viel steht fest, daß dieselbe nicht unbedeutend sein wird. Unsere Artillerie hat 50 Pferde verloren. Ein Schreiben aus Christiansfeld berichtet, daß die Unsrigen bis Weile patrouillirt haben, aber nirgends den Feind gefunden. Man muthmaßt, daß er sich nach Friedericia, woselbst mehrere Truppen von Alsen übergeschifft worden sind, zurückgezogen, und daselbst den Angriff der Deutschen erwartet, der vielleicht schneller, als man glaubt, erfolgen wird.

**Schleswig, d. 24. April.** Die Tapferkeit und Bravour unserer Schleswig-holsteinischen Armee am 23. d. M., dem Jahrestage der Schlacht bei Schleswig, ist bewunderungswürdig gewesen. Mit wahrem Löwenmuth hat unsere Armee, circa 13—14,000 Mann stark, dem überlegenen Feinde gegenüber gestanden; jede einzelne Truppen-Abtheilung ist im Feuer gewesen. Die Hauptschlacht ist bei Wandrup geschlagen, wo das Gefecht unter den Brigadiers D. Baudissin und Sachau mehrere Stunden unentschieden stand. Die Höhe vor Kolding wurde indessen von einem unserer dort kommandirenden Brigadiers gehalten und nachdem Kolding im Sturm wieder genommen, fielen die Unsrigen dem Feinde in die Flanke und entschieden die Schlacht zu unsern Gunsten. Eine Menge Gefangene sind in unsere Hände gefallen, außerdem eine nicht unbedeutende Anzahl von Husarenpferden erbeutet. Die erste Brigade und die Kavallerie verfolgt den geschlagenen Feind.

Drla Lehmann will sich auf die Nachricht, daß Kolding brenne, von Weile dorthin begeben haben, um als Obrigkeit des Districts für die Leitung der Löschanstalten, die Unterbringung und Verpflegung der Truppen ic. zu sorgen, indem nämlich Kolding zu dem von ihm als Amtmann verwalteten District gehört. Sowie ein höchst arrogantes Betragen, welches er sich in der von unseren Truppen occupirten Stadt und gegen unsere Offiziere erlaubt, die unmittelbare Veranlassung zu seiner Arretirung gewesen sein soll, so ist er auch hier anfangs ziemlich hochfahrend gewesen. Doch scheint er schon kleiner beizulegen. Wenigstens hat er sich dazu herbeigelassen, „an die von der Deutschen Centralgewalt mit der Statthalterschaft in den Herzogthümern Schleswig und Holstein Beauftragten“ ein Schreiben zu richten, worin er Völkerrecht, Menschlichkeit und

Ehre anruft und fragt, was man eigentlich mit ihm anfangen wolle.

(B.-G.)

**Bellegaar, d. 21. April.** Sonderburg wird von dänischer Seite stark verschanzt, auch von unserer Seite werden tüchtige Schanzen aufgeworfen; gestern Nachmittag von 2 bis 3 Uhr war Waffenstillstand, der Däne begrub während dieser Zeit seine Todten; dafür löste der Sachse seine am 14. April im Stiche gelassenen Munitionswagen ein. Um 24. April wird die Beschießung von Sonderburg vor sich gehen, da das Blockhaus am 23. April vollendet wird.

**Luxemburg, d. 23. April.** Vorgestern ist die Einwilligung des Königs der Niederlande zum Ausmarsche des luxemburgischen Contingents eingetroffen, und soll dasselbe, bestehend in einem Bataillon, in spätestens acht Tagen ausrücken, freilich zum großen Schrecken der ausführenden Behörden, da es fast an allem Nöthigen fehlt. — Der König-Großherzog hat, nach Berathung mit dem holländischen Staatsrathe, den verfassungsmäßigen Eid auf die luxemburgische Verfassung in die Hände der deshalb nach dem Haag geschickten Deputation der Kammer geleistet, dabei jedoch verweigert, die Adresse der Kammer anzuhören und das Protokoll über die Eidesleistung zu unterzeichnen. Man erzählt sich die wunderbarlichsten Einzelheiten über die Ausnahme, welche der Deputation zu Theil geworden ist. Aehnlich ist eine Deputation der Stadt Luxemburg empfangen worden.

**Wien, d. 24. April.** Im heutigen Blatte des Wanderer liest man: „Wie wir so eben vernehmen, soll die Kommunikation der Residenz mit der magyarischen Hauptstadt momentan unterbrochen und die Belagerung der Festung Komorn aufgehoben sein. Die Insurgenten haben eine ansehnliche Verjüngung und Lebensmittel in die Festung gebracht. Bei Neuhaüsel soll ein bedeutendes Treffen stattgefunden haben.“ Der Lloyd sagt in Bezug auf die Operationen in Ungarn: „Kein Erfolg ist zu groß, um die Vereinigung des ganzen Heeres zu ermöglichen. Wir dürfen Pesth und Ofen räumen, die Belagerung von Komorn aufheben, alle Städte und festen Plätze in Ungarn aufgeben, um die ganze Heeresmacht auf einem Punkte zu sammeln und entscheidendes Resultat zu erzwingen. Bleiben wir die Sieger, so ist das Verlorene bald wieder gewonnen, so sind wir auch sicher, das von Neuem Erlangte zu behalten.“

**Wien, d. 25. April.** Die Wiener Ztg. enthält nachstehende Bekanntmachung des Feldmarschall-Lieutenant von Böhm: „Es wird hiermit zur allgemeinen Beruhigung bekannt gegeben, daß zufolge so eben aus dem Hauptquartier des Herrn Feldzeugmeisters Baron Welben eingelangter Nachrichten Ofen mit einer entsprechenden Truppenzahl besetzt geblieben ist, und die Haupt-Armee, den Bewegungen des Feindes fortwährend auf dem rechten Donau-Ufer folgend, sich in der Konzentrirung begriffen befindet. Zugleich wird kundgegeben, daß Komorn noch fortwährend beschossen und von unseren Truppen beobachtet wird. Desgleichen hält die Division Esorich Gran besetzt, und deckt den Donau-Übergang. Wien, den 24. April 1849.“

Dasselbe Blatt enthält Folgendes: „Zur Beseitigung allfälliger Mißverständnisse, wozu der Eingang des Artikels, mittelst welchem in dem Hauptblatte der gestrigen Wiener Zeitung Kundmachungen des Herrn Feldmarschalls, Fürsten zu Windischgrätz, veröffentlicht wurden, Anlaß geben könnte, wird hiermit bemerkt: Daß Se. Durchlaucht den ihm von Sr. Majestät gewährten Urlaub angetreten, das Armee-Kommando in Ungarn zwar niedergelegt haben, dagegen aber die Würde eines Oberbefehlshabers über sämtliche kaiserliche Truppen, mit Ausschluß der jenseits des Tsonjo befindlichen beibehalten.“

In dem Maße, als der Kriegsschauplatz sich mehr der österreichischen Gränze nähert, werden größere Verschärfungen des hiesigen Belagerungszustandes eintreten. Bereits beginnt man mit Ausweisungen in Masse.

Der Charakter der magyarischen Insurrektion hat sich durchaus geändert. Ein überwiegend großer Theil der Insurgenten — wie es heißt, 40,000 Mann — besteht aus Polen, und der Kampf in Ungarn scheint von ihnen als die erste Phase einer allgemeinen polnischen Insurrektion betrachtet zu werden.

Ueber den neuesten Stand der Dinge in Ungarn enthält der „wiener Geschäftsbericht“ vom 25. April datirt folgende Andeutungen, die freilich auch noch keine klare Einsicht in die dortigen Verhältnisse verstaten. Es heißt: Beruhigung gewährte schon die gestern Abend offiziell gegebene Kunde über Fortbesetzung Ofen's durch die K. K. Truppen und ununterbrochene Beschiesung Komorns. Einer sicheren Quelle entnehmen wir heute die erfreuliche Nachricht, daß Feldmarschall-Lieutenant Wohlgemuth den ungarischen General Görgey auf's Haupt geschlagen hat; weiterhin verlautet, daß eine in Komorn gefallene Bombe daselbst sehr große Verheerungen angerichtet habe. — Gegen Malghera hatten die Operationen begonnen, was zur irrig verbreiteten Nachricht der Einnahme Venedigs veranlaßte. Nach der heutigen ostdeutschen Post hätte sich das Ministerium entschieden, die russische Intervention in der österreichisch-ungarischen Frage abzulehnen. — Es sollen 7te Bataillons bei den Infanterie-Regimentern gebildet werden.

### Ungarn.

**Pesth**, d. 21. April. Ein Correspondent der „Ostb. P.“ meldet: Ich schreibe Ihnen in Mitten einer großen Agitation. Seit zwei Stunden ist unter unsern Truppen eine große Bewegung. Die Wachtposten werden abgelöst, Kanonen und Infanterie marschiren über die Brücke. Die Offiziere, die Privatwohnungen bezogen hatten, ziehen gleichfalls aus; wenn das so fortgeht, so ist bis Abend kein Oesterreicher Militair in Pesth. Was soll das bedeuten? So fragt sich Jeder. Die Offiziere sind einsilbig und antworten kurz; es sei Befehl dazu da, Pesth für den Augenblick zu räumen. Daß hierbei irgend ein strategischer Plan vorliegen muß, ist außer Zweifel, denn Pest ist von den Magyarern weder angegriffen noch bedroht. Was aber wird unser Loos, wenn die Kaiserliche Besatzung uns wirklich verläßt, was wird namentlich das Loos Jener sein, die sich während dieser Zeit der Oesterreichischen Sache anhänglich gezeigt haben? Daß Kossuth die offene Hauptstadt nicht lange unbesezt lassen wird, ist leicht vorauszu sehen; wie aber wird dann von Ofen aus gegen Pesth vorgegangen werden? Daß auch Ofen geräumt wird, wie unsere Altmagyarern behaupten, ist gewiß nicht anzunehmen. Allerdings ist Ofen kein Komorn, allerdings könnte unsere Schwesterstadt einem Belagerungscorps nicht lange Widerstand leisten. Aber 8 Tage kann Ofen mit voller Kraft jedem Feinde widerstehen, und nichts berechtigt uns zu der Annahme, daß unsere Armee diese kostbare Position ohne Schwertschlag opfern werde. Man hat heute Morgen behauptet, F. Z. M. Welden sei hier gewesen; ich glaube aber mit gutem Recht behaupten zu dürfen, daß er das Lager bei Gran nicht verlassen hat. Dorthin richten sich jetzt alle Blicke. Der Oberfeldherr, so wird erzählt, hat den 20. als den Tag zum allgemeinen Angriff festgesetzt. Die Magyarern aber, die von ihren Spionen bedient sind, wie vielleicht nie ein Heer, haben davon sogleich Nachricht erhalten und haben in der Nacht vor dem 20. angegriffen. Unsere Truppen, die um 4 Uhr abkochen sollten, traten

frischen Muths unter Gewehr. Man stellte sich in Schlachtordnung. Der Kampf begann. Der Ausgang des Kampfes ist unbekannt. Möge die Siegesgöttin den tapfern Söhnen Oesterreichs holdher sein, als sie es seit einem Monde gewesen. Es steht viel, es steht Alles auf dem Spiele. Der Bestand eines altehrwürdigen Staates, das materielle Wohl vieler Millionen.

### Italien.

**Neapel**, d. 12. April. Die Einnahme von Catania und Syracus hat in der Hauptstadt Neapel durchaus keinen frohen Eindruck gemacht. Man fürchtet den Uebermuth der Soldaten, die Intriguen des höchst unpopulären Ministeriums und die Ausbrüche der lange zurückgebrängten Wuth Ferdinand's. Bedenkt man, daß Catania eine durchaus offene Stadt ist und daß Syracus einer Flotte keinen Widerstand leisten konnte, so ist der Siegesruhm kaum so gewaltig, als er überall ausposaunt wird. Die Sicilianer sind auch keineswegs geschlagen, und vielleicht rast in diesem Augenblicke der Kampf aufs Neue am Fuße des Aetna. Alle Polen, welche im sicilischen Kriege gefangen werden, sollen in Folge eines Privat-Contractes zwischen Ferdinand und Nicolaus sogleich nach Cattaro und von da in die Walachei abgeführt und an General Lüders überliefert werden. Die Zerstörung in Catania soll furchtbar sein. Schweizer und Neapolitaner mordeten und plünderten gemeinschaftlich das Museum Biscari; das Naturalien-Cabinet von Giaeni und viele herrliche Paläste sollen ganz zerstört sein. Die Kathedrale Sta. Maria del Gesu und viele Klöster, welche die Mönche tapfer vertheidigten, haben viel gelitten. Der Fürst von Campofranco, welcher eine sicilianische Division befehligte, erschöpfte sich, um nicht von den blutdürstigen Neapolitanern gefangen zu werden. Das Innere der Insel ist in vollem Aufstande. Leonforte ist statt Catania zur Hauptstadt des Districts erklärt. — Aus Palermo nichts Neues. Hier leitet Ruggiero Settimo, ein Greis von 80 Jahren, mit jugendlichem Feuer und hochherziger Vaterlandsliebe Alles. — Im 6. und 10. neapolitanischen Infanterie-Regimente zeigte sich so viel Insubordination, daß diese Regimenter aufgelöst und compagnieeweise unter die anderen vertheilt werden mußten.

### Dänemark.

**Kopenhagen**, d. 22. April. Der Reichstag hat die 16 ersten Paragraphen des Staats-Grundgesetz-Entwurfes, mit Ausnahme des ausgefetzten §. 2, angenommen. §. 1 erklärt die Regierungs-Form für beschränkt monarchisch. §. 3 giebt dem König und Reichstag zusammen die gesetzgebende, dem König die ausübende und den Gerichten die richterliche Gewalt. §. 4 stellt die Erbfolge nach dem Königsgesetz fest, allein erklärt Veränderungen zulässig durch Uebereinstimmung des Königs mit drei Viertheilen der Mitglieder des Reichstags. Der König ist mit 18 Jahren mündig (§. 7) und tritt die Regierung nach geleistetem Eide auf die Verfassung an (§. 8). Die §§. 9—11 bestimmen die Fälle, wo ein Reichs-Statthalter oder eine Regentschaft eintritt. Das Gesetz bestimmt die Civilisten für die Lebenszeit des Königs (§. 15) und die Appanagen (§. 16).

**Kopenhagen**, d. 24. April. In der gestrigen Abend-sitzung machte der Minister des Innern folgende Mittheilung: In Veranlassung des Einrückens des Feindes in Jütland, welches vorauszu sehen war nach Kündigung des Waffenstillstandes, und bei dem Verfahren der Centralgewalt, so viele Truppen in die Herzogthümer zu senden, sand das Ministerium sich aufgefordert zu erklären, daß dieses Ereigniß selbiges nicht bewegen werde von seinem begonnenen Verfahren hinsichtlich der

Fried-  
run-  
gen

schie-  
We-  
ches  
die  
ein-  
chen  
wo  
Vor-  
Zim-  
erw-  
Por-  
ten  
haft  
läuff-  
geste-  
Ent-  
Man  
und  
dere-  
den  
begn-  
bloß

Folg-  
Beh-  
gezog-  
Mar-  
schw-  
Mar-  
7 U-  
gen

einer  
für  
lefun-  
gegen

licer  
Glaub-

Pr. F.  
St.  
Sech-  
Kur-  
Sch-  
Brl.  
do.  
Wfky-  
Groß-  
do.  
Dfky-

Friedensunterhandlungen abzuweichen (Bravo!); die Regierung hofft, daß die Versammlung ihre wichtigen Verhandlungen fortsetzen werde (Ja! Ja!).

**Frankreich.**

Paris, d. 23. April. Vorgestern Abend vor 9 Uhr erschien ein Polizeicommissar mit mehreren Agenten auf besondere Weisung des Polizeipräsidenten unversehens in einem Hause, welches als Sitz einer geheimen Gesellschaft bezeichnet war, die sich die „Freunde der Gleichheit“ nennt. An der Hausthür hielt ein Mitglied Wache, ward aber verhaftet, bevor es Lärm machen konnte. Der Beamte stieg in den dritten Stock hinauf, wo der Schneider Castagnis wohnt, und ließ denselben auf dem Vorplatze festnehmen, wo er gerade beschäftigt war. In den Zimmern fand man 19 andere Mitglieder, welche über den unerwarteten Polizeibesuch sehr bestürzt schienen. Einer wollte ein Portefeuille mit Papieren verstecken, das jedoch von den Agenten weggenommen ward. Sofort wurden alle Anwesenden verhaftet, nach der Polizeipräsidentur gebracht und gestern nach vorläufigem Verhör dem Procurator der Republik zur Verfügung gestellt. Die Nachsuchungen in Castagnis's Wohnung führten zur Entdeckung von Kugeln, Patronen und allerhand Schriften. Man durchsuchte darauf die Wohnungen der übrigen Verhafteten und fand Waffen, Kriegsmunition, so wie Schriften, und andere Embleme der socialen Republik. Angeblich sind unter den Verhafteten mehrere zur Transportation verurtheilt und begnadigte Juniinsurgenten. Castagnis behauptet, sie hätten bloß eine Wahlversammlung gebildet.

Eine wichtige Nachricht trifft heute aus Tanger ein. In Folge ernster Beleidigungen von Seiten der maroccanischen Behörden hat unser Generalconsul die französische Fahne eingezogen.

Paris, d. 24. April. Eine telegraphische Depesche aus Marseille vom 23. April zeigt an, daß das Expeditions-Geschwader die Hyerischen Inseln, bei welchen die Flotillen von Marseille und Toulon sich sammelten, am 22. April Abends 7 Uhr verlassen und die Richtung von Civitavecchia eingeschlagen habe. Das Meer war ruhig und das Wetter sehr schön.

**Großbritannien und Irland.**

London, d. 24. April. Im Unterhause ward nach einer langwierigen Debatte, worin die schon bekannten Gründe für und gegen des Breiteren wiederholt wurden, die dritte Verlesung der Bill zur Abänderung der Schiffahrtsgesetze mit 275 gegen 214 Stimmen genehmigt und die Bill angenommen.

**Freie Gemeinde.**

Sonntag Nachmittag punkt 2 Uhr Vortrag von Wislicenus (Ueber das »Himmelreich« im alten und im neuen Glauben).

**Fonds- und Geld-Cours.**

Berlin, den 27. April.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr. Freiw. Anl.	5	101 3/4	101 1/4	Pomm. Pfandbr.	3 1/2	—	92
St. Schuldsch.	3 1/2	80	79 1/2	R. = u. Nm. do.	3 1/2	93 1/4	—
Sech. Pr. = Sch.	—	100 3/4	100 1/4	Schlesische do.	3 1/2	—	—
Kur. = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. ga <sup>r</sup>	—	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	rant. do.	3 1/2	—	—
Berl. Stadt-Dbl.	5	98 3/4	—	Pr. Pf. = A. = Sch.	—	88 1/4	87 1/4
do. do.	3 1/2	—	—	Friedrichsd'or	—	13 7/16	13 1/16
Wstpr. Pfandbr.	3 1/2	86 1/4	85 3/4	And. Goldm. à	—	12 11/16	12 5/16
Großh. Pos. do.	4	—	96 1/8	5 pf	—	—	—
do. do.	3 1/2	80 5/8	—	Disconto	—	—	—
Dtpr. Pfandbr.	3 1/2	90 1/2	—				

**Eisenbahn-Actien.**

Stamm-Actien.	Sf.	Prioritäts-Actien.	Sf.
Berl. Anhalt.	4	Berl. Anhalt.	4 87 B.
A. B.	4 77 1/2 B.	do. Hambg.	4 1/2 91 1/2 B.
do. Hamb.	4 53 B.	do. II. Serie	4 1/2 —
do. St. = Star.	4 86 3/4 B.	do. Potsd. = M.	4 84 B.
do. Potsd. = M.	4 53 B.	do. do.	5 94 B.
Magd. = Hbf.	4 113 B.	do. Stettiner	5 102 1/2 B.
do. Leipziger	4 —	Magd. = Leipz.	4 —
Halle = Thür.	4 50 B. 49 1/2 B.	Halle = Thür.	4 1/2 86 1/4 B.
Elb. = Hind.	3 1/2 76 1/4 B.	Elb. = Hind.	4 1/2 93 B.
do. Kachen	4 47 B.	Rh. v. St. gar.	3 1/2 —
Bonn = Elb.	5 103 B.	do. I. Priorität	4 —
Düsseld. = Elb.	4 —	do. St. = Pr.	4 —
Steel. Bohw.	4 —	Düsseld. = Elb.	4 —
Möhl. = Märk.	3 1/2 72 1/2 B. 1/4 B.	Möhl. = Märk.	4 86 1/2 B.
do. Zweigbhn.	4 —	do. do.	5 99 B.
Obshl. L. A.	3 1/2 92 1/4 B.	do. III. Serie	5 94 B.
do. Lit. B.	3 1/2 92 1/4 B.	do. Zw. bhn.	4 1/2 —
Cösel. = Dberb.	4 —	do. do.	5 78 1/2 B.
Bresl. Freib.	4 78 B.	Dberbhl.	4 —
Krak. = Dberb.	4 34 1/2 B.	Krak. = Dberbhl.	4 70 B.
Berg. = Märk.	4 54 1/4 B.	Cösel. = Dberb.	5 —
Star. = Pos.	3 1/2 71 7/8 B. 71 5/8 B.	Steel. = Bohw.	5 88 B.
Brieg. = Meiff.	4 —	do. II. Serie	5 —
Mag. = Wittb.	4 —	Bresl. = Freib.	4 —
		Berg. = Märk.	4 97 B.
		Ausländische Stamm-Actien.	
Quitt. = B.		Leipz. = Dresd.	4 —
Kach. = Mastr.	4 —	Kudw. = Berb.	4 —
		24 fl.	4 —
Ansl. Ob.		Kiel = Alt. Sp.	4 —
Fr. = B. = Ndb.	4 34 33 5/8 à 3/4 B.	Amst. = R. fl.	4 —
do. Priorit.	5 92 B.	Mitb. = Thir.	4 32 B.

Leipzig, den 27. April.

Staatspapiere.	Anges. boten.	Gesucht.	Staatspapiere. Actien excl. Zinsf.	Anges. boten.	Gesucht.
Königlich sächsische Staatspapiere à 3 % im 14 pf. F. von 1000 u. 500 pf. kleinere . . . . .	—	79 1/4	Chemn. = Eisenb. = Anl. à 10 pf. 4 %	—	—
à 4 % do. do. v. 500 pf. do. v. 500 u. 200 à 5 % . . . . .	—	88 3/4	R. pr. St. = Schuld = schine à 3 1/2 % in pr. St. pr. 100	80 1/4	—
do. do. kleinere	—	102 7/8	R. f. österr. Reich. Met. pr. 150 fl. Conv. à 5 % lauf. Zinsen à 4 % à 103 % im à 3 % 14 pf. F.	—	—
Königl. sächs. Landrentenbriefe à 3 1/2 % im 14 pf. F. v. 1000 u. 500 pf. kleinere . . . . .	—	83 1/4	Pr. Grsd'or à 5 pf. idem . auf 100	—	—
Act. d. ch. sächs. = bair. C. = C. bis Mich. 1855 à 4 % , später à 3 % v. 100 pf. . . . .	78 1/4	—	And. ausl. Louisd'or à 5 pf nach geringere rem Ausmünzfuß auf 100	—	12 3/4
Königl. pr. Steuer = Credit = Kassench. à 3 % im 20 fl. F. v. 1000 u. 500 pf. kleinere . . . . .	79 1/4	—	Cond. = Spec. u. Glb. auf 100	—	—
Leipz. Stadt = Obligationen à 3 % im 14 pf. F. v. 1000 u. 500 pf. kleinere . . . . .	—	90	idem 10 u. 20 Kr. auf 100	—	2 1/8
Sächs. erbl. Pfandbriefe à 3 1/2 % v. 500 . . . . .	—	83	Actien der W. B. pr. St. à 103 %	—	—
von 100 u. 25 . . . . .	—	—	Leipz. Bank = Actien à 250 pf pr. 100	142 1/2	—
Sächs. lauf. Pfandbriefe à 3 % . . . . .	81 1/4	—	Leipz. = Dresd. Eisenbahn = Act. à 100 pf pr. 400	95	—
Sächs. do. do. à 3 1/2 % . . . . .	90	—	Sächs. = Schles. do. pr. 100	—	74
„ do. do. à 4 % . . . . .	99 1/2	—	Chemn. = Rief. do. pr. 100	—	19 3/4
Leipz. = Dresd. = Eisenb. = P. = Dbl. à 3 1/2 %	—	98 1/2	Erbau = Zitt. do. pr. 100	14	—
			Magdeb. = Leipz. do. pr. 100	—	168 1/2

**Getreidepreise.**

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Gold.)

Berlin, den 27. April.

Weizen nach Qualität 54—58 $\phi$ .
Roggen loco 24—26 $\phi$ .
" schwimmend 86 $\phi$ fd. 24—26 $\phi$ .
" pr. Frühjahr 82 $\phi$ fd. 24 $\phi$ Br., 23 $\frac{1}{2}$ $\phi$ .
" Mai/Juni 24 $\phi$ Br., 23 $\frac{1}{2}$ $\phi$ .
" Juni/Juli 24 $\frac{1}{2}$ $\phi$ Br., 24 $\frac{1}{4}$ $\phi$ .
" Juli/August 25 $\frac{1}{2}$ $\phi$ Br., 25 $\phi$ .
" Sept./Octr. 27 $\frac{1}{4}$ $\phi$ Br., 27 $\phi$ .
Gerste, große, loco 21—22 $\phi$ .
" kleine 18—19 $\phi$ .
Hafer loco nach Qualität 14—15 $\phi$ .
" pr. Frühjahr 48 $\phi$ fd. 13 $\frac{1}{2}$ $\phi$ Br.
Rüböl loco 14 $\frac{1}{2}$ $\phi$ b $\frac{1}{2}$ u. Br.
" pr. April 14 $\frac{1}{2}$ $\phi$ b $\frac{1}{2}$ u. Br.
" April/Mai 13 $\frac{3}{4}$ $\phi$ a $\frac{3}{4}$ $\phi$ verk., 13 $\frac{3}{4}$ $\phi$ .
" Mai/Juni 13 $\frac{3}{4}$ $\phi$ Br., 13 $\frac{1}{2}$ $\phi$ .
" Juni/Juli 13 $\frac{3}{4}$ $\phi$ Br., 13 $\frac{1}{2}$ $\phi$ .
" Juli/August 13 $\frac{3}{4}$ $\phi$ Br., 13 $\phi$ .
" Aug./Sept. 13 $\phi$ Br., 12 $\frac{7}{8}$ $\phi$ .
" Sept./Octr. 12 $\frac{2}{3}$ $\phi$ a $\frac{7}{12}$ $\phi$ verk., $\frac{7}{12}$ $\phi$ .
" Octr./Novbr. 12 $\frac{7}{12}$ $\phi$ Br., 12 $\frac{1}{2}$ $\phi$ .
Feinöl loco 11 $\frac{1}{2}$ $\phi$ Br.
" April/Mai-Lieferung 10 $\frac{1}{2}$ $\phi$ Br., 10 $\frac{1}{2}$ $\phi$ .
Spiritus loco ohne Faß 14 $\frac{1}{2}$ $\phi$ b $\frac{1}{2}$ .
" April/Mai 14 $\frac{1}{2}$ $\phi$ Br., 14 $\frac{1}{4}$ $\phi$ .
" Mai/Juni 14 $\frac{1}{2}$ $\phi$ b $\frac{1}{2}$ u. Br., 14 $\frac{1}{2}$ $\phi$ .
" Juni/Juli 15 $\phi$ Br., 14 $\frac{3}{4}$ $\phi$ .
" Juli/August 15 $\frac{1}{2}$ $\phi$ Br., 15 $\frac{1}{2}$ $\phi$ .
" August/Sept. 15 $\frac{3}{4}$ $\phi$ Br., 15 $\frac{3}{4}$ $\phi$ .

**Wasserstand der Saale bei Halle**

am 27. April Abends 6 Uhr am Unterpegel 9 Fuß 3 Zoll.

am 28. April Morgens 6 Uhr am Unterpegel 9 Fuß 2 Zoll.

**Wasserstand der Elbe bei Magdeburg**

am 27. April Nr. 10 und 3 Zoll.

**Fremdenliste.**

Angekommene Fremde vom 27. bis 28. April.

**Im Kronprinzen:** Hr. Consistorialrath Sad a. Magdeburg. Hr. Rittergutsbes. v. Pinder a. Westphalen. Die Hrn. Kaufm. Emmesrich a. Barmen, Mähner a. Hamburg.

**Stadt Zürich:** Hr. Kaufm. Just u. Hr. Ingen. Fischer a. Magdeburg. Hr. Rentmeister Dormeyer a. Gisleben. Hr. prakt. Arzt Dr. Schwager a. Hamburg. Hr. Rent. Faillard a. Berlin. Hr. Kaufm. Chemnitz a. Leipzig.

**Soldnen Ring:** Die Hrn. Kaufm. Danck a. Niederwildung, Strömer a. Perlberg, Grüneberg a. Suben. Hr. Fabrik. Rechenfels a. Sobornheim. Hr. Gutsbes. Köschau a. Liebenwerda.

**Soldnen Löwen:** Die Hrn. Fabrik. Lindner a. Chemnitz, Strübe u. Hr. Dr. med. Zilles a. Mellin. Hr. Gastwirth Hennig a. Gotha. Hr. Rauchwaarenhdt. Fahn a. Mainz. Hr. Lieut. v. Müntz a. Halberstadt.

**Stadt Hamburg:** Hr. Fabrik. Haubold a. Iserlohn. Die Hrn. Kaufm. Reinhardt a. Hof, Ruhirt a. Kassel, Wirths a. Remscheid, Neumann a. Danzig, Huseus a. Nordhausen.

**Soldne Kugel:** Hr. Tuchmacher Lange a. Sommerda. Fräul. Beck a. Berlin. Mad. Große a. Jena. Die Hrn. Stud. Malin a. Gießen, Dietrich a. Duedlinburg, Simont a. Edinburgh.

**Verzeichniß**

der

in der Sitzung der Stadtverordneten am 30. April d. J. zu verhandelnden Gegenstände.

- 1) Rammerei-Rechnung pro 1847.
- 2) Vollziehung des Contracts mit Hrn. v. Bassewitz über einen Grabbogen.
- 3) Vergleich mit dem Steinhauer Becker.
- 4) Bewilligung der Vertretungskosten für den Armenkassenboten.
- 5) Beschlusnahme über die Breite des Bürgersteigs in der Zwingerstraße.
- 6) Anschläge zum Bau-Stat pro 1847.
- 7) Ueberlassung des Rathskellersaales an den Wahlverein.
- 8) Bestimmung der Gebühren für ausgemauerte Gräber.
- 9) Verpachtung der Glauchaischen Gemeindewiese.

**Bekanntmachungen.****Bäckhaus-Verkauf.**

Das Papendieck'sche Bäckhaus in der großen Funkenstraße Nr. 17 alhier, eine der lebhaftesten Straßen der Stadt, in welchem Hause die Bäckerei seit vielen Jahren mit dem besten Erfolge betrieben ist, und jetzt noch betrieben wird, und das sich in ganz gutem baulichen Zustande befindet, indem es erst vor einigen Jahren theils ganz neu gebaut, theils ausgehauet ist, werde ich im Termine

**Den 10. Mai d. J. Nachmittags 2 Uhr**

in meinem Geschäftszimmer, Berlinerstraße Nr. 11 hieselbst öffentlich an den Meistbietenden verkaufen.

Die Bedingungen sollen im Termine bekannt gemacht, können aber auch schon vorher bei mir eingesehen werden.

Magdeburg, den 23. April 1849.

Der Rechts-Anwalt und Notar  
Reißner.

**Massvieh-Auction.**

26 Stück Mastrinder, bestehend in 21 Stück Ochsen, Voigtländer Rasse, und 5 Stück Kühen, von vorzüglicher Qualität, sollen

Sonntag den 6. Mai e. von Nachmittags 2 Uhr an auf hiesigem Amtshofe unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich versteigert werden.

Domainen-Amt Haynsburg b. Zeitz, den 8. April 1849.

Der Königl. Oberamtmann  
Hey.

Sonntag den 6. Mai ladet zum Ball ergebenst ein

W. Böttcher in Elbich.

Ein gewandter Kellner, eine tüchtige Landwirthschafterin sowie eine perfekte Köchin suchen sofort Unterkommen durch Frau Hartmann, Leipziger Thor Nr. 1595.

In der Böschener Mühle stehen zwei neumilchende Kühe mit den Kälbern zum Verkauf.

**Stabliements-Anzeige.**

Hierdurch erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich im Hause der Madame Deichmann zu Siebichenstein eine **Kuchen- und Weißbäckerei** eingerichtet habe und **Dienstag, den 1. Mai**, eröffnen werde. Für Lieferung guter und wohlgeschmeckender Waaren werde ich stets Sorge tragen, weshalb ich mich einem geehrten Publikum, so wie Badenden bestens empfehle.

Fr. Nischke aus Halle.

Für einen ledigen Mann, 40—50ziger, Land- oder Stadtbewohner, der noch rüchrig ist, ist ein passender Hausposten mit guter Stellung und Pflege, wenn derselbe 4—600  $\mathcal{R}$  Kapital baar besitzt, die ihm gesichert werden, offen. A. P. W. No. 1 franco poste restante Leipzig.

Die mittlere Etage meines Hauses, Nr. 1781b in der Taubengasse, steht von jetzt oder zu Johannis e. ab anderweit zu vermieten.

Berner jun.,  
Mauer-Meister.

**Ergebenste Anzeige**

Dass ich mich unter heutigem Dato an hiesigem Orte als Portrait- und Stubenmaler etablirt habe, beehre ich mich hierdurch einem hiesigen und auswärtigen Publikum ergebenst anzuzeigen, und bitte um geneigte Aufträge.

Delansstriche jeder Art werden von mir prompt und billig ausgeführt.

**Louis Nordhoff,**  
Portraiteur und Stubenmaler  
in Wettin a/S.

Einem geehrten Publikum erlaube ich mir hierdurch ergebenst anzuzeigen, dass ich seit Kurzem das Geschäft in der hiesigen Schleif- und Poliermühle auf eigene Rechnung übernommen habe, welches bis dahin meine Mutter mit meinem jüngsten Bruder führte. Indem ich mich daher mit allen in mein Fach schlagenden Artikeln aufs Beste empfehle und bei guter Arbeit die möglichst billigsten Preise verspreche, zeige ich noch vorzüglich dem geehrten auswärtigen Publikum an, dass in der mit meiner Firma versehenen Bude auf hiesigem Wochenmarkte ebenfalls sowohl alle Sachen zum Schleifen angenommen werden, als auch alle dort befindlichen Messerwaaren und Sichel zum billigsten Preis zu haben sind.

Halle. **Wilhelm Ernst,**  
Schleifmüller.

Den Empfang meiner neuen Steyrischen Waaren, als: Senfen, Sichel und Futterklingen, verfehle ich nicht dem geehrten betreffenden Publikum anzuzeigen, und gleichzeitig dieselben fein geschliffen und zweckmäßig gerichtet, verbunden mit Garantie, zum billigsten Preise anzunehmen.

Halle. **Wilhelm Ernst,**  
Schleifmüller.

In der großen Steinstraße Nr. 174 ist Stube und Kammer mit oder ohne Möbel zu Michaelis zu vermieten. Das Nähere bei der Frau Amtmann Heine daselbst.

Fetten ger. **Wefer-Lachs,**  
à la Rhein-Lachs, Westphälischer **März-**  
**Schinken,** feinste Braunsch. **Ser-**  
**velatwurst,** ächten Limburger  
und Sahnen-Käse empfiehlt  
**C. Kramm.**

Ein junges Mädchen vom Lande, in allen weiblichen Arbeiten erfahren, wünscht eine Stelle als Wirthschafterin oder eine andere derartige Stelle. Frankirte Offerten bittet man unter der Chiffre S. Z. in der Expedition d. Bl. abzugeben.

Die Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft zu Erfurt, deren Mitglieder sich im vorigen Jahre um 1926 Theilnehmer vermehrte, zahlte an 776 verhagelte Mitglieder 118,804 R<sup>th</sup> 20 S<sup>gr</sup> 5 A Entschädigungen für erlittene Verluste. Beim Herannahen der diesjährigen Versicherungszeit ertheilt über die näheren Bedingungen stets bereitwillig Auskunft und nimmt Versicherungs-Anträge gern entgegen  
Scheudig, den 20. April 1849.  
Carl Lindner, Special-Agent.

**Fr. Lange, geprüfter und selbst an Brüchen leidender Bandagist, gr. Ulrichsstr. Nr. 66, empfiehlt Bandagen jeder Art.**

**Blasbälge in allen Größen empfiehlt und garantirt für deren Güte und Kraft Fr. Lange in Halle.**

**Montag d. 30. d. M. u. folg. Tages Nachmitt. 1/2 Uhr im Auktionslokale gr. Ulrichsstr. Nr. 20 große Auktion eines weiblichen Nachlasses.**  
**Brandt.**

Einem geehrten reisenden Publikum zeige ich hiermit ergebenst an, dass ich vom 2. Mai ab Mittwochs und Sonnabends täglich 2 Mal, und zwar Vormittags halb 6 Uhr und Nachmittags 2 Uhr einen Personenwagen von Freiburg nach Naumburg am Bahnhof abgehen lassen werde. Das Fuhrlohn beträgt à Person 7 S<sup>gr</sup> 6 A. In Naumburg zu erfragen beim Herrn Schenkewirth Weber.

**F. A. Glocke**  
aus Freiburg.

Von Johannis d. J. ab soll das Rittergut Cösig bei Kadegast auf 13 Jahre cessionsweise verpachtet werden. Das Gut enthält circa 1050 Morgen Weizenboden, eine Brennerei, Brauerei und Ziegelei nebst vollständigem Wirthschaftsinventarium und vorzüglichen Wohn- u. Wirthschaftsgebäuden.

Hierauf Reflektirende haben sich bei Unterzeichnetem baldigst zu melden, und können daselbst die näheren Bedingungen erfahren.

Cöthen, den 25. April 1849.  
v. Bramigk I., Advokat.

**Von jetzt ab alle Dienstag und Freitag Breihan bei**  
**Hermann Rauchfuss.**

Frische **Belgol. Auster** empfing

**C. Kramm.**

**Bekanntmachung.**

In Termino, den 5. Mai d. J., soll im Rathskeller zu Wiehe von Vormittag 9 Uhr an das den Hartung'schen Erben in Wiehe zustehende Wohnhaus Nr. 125 nebst Hof, Scheune, Stallung, aus freier Hand verkauft werden, wozu wir hierdurch Kauflustige einladen.

**Mastrviehverkauf.**

Montag, den 7. Mai Mittags 11 Uhr, sollen 21 Stück Hammel und 15 Stück Schaaf, Körnermast, meistbietend verkauft werden.

Niederschmon, den 27. April 1849.  
Wilh. Aug. Stops.

In meinem auf dem alten Markte hier selbst belegenen Hause ist

- 1) ein Logis, bestehend aus zwei Stuben nebst Alkoven, auf Verlangen mit vollständigem Meublement,
- 2) eine Kellerwohnung zu vermieten und sofort zu beziehen. Ferner steht
- 3) ein Logis, bestehend aus 2 Stuben, Kammern, Küche und Verkaufsladen zu vermieten und zu Johannis d. J. ebendasselbst zu beziehen.

Die Wittwe Herrmann.

**Gasthofs-Verkauf.**

Ein Gasthof bei Leipzig mit mehreren Realrechten und 60 Areal guten Feldern, Wiesen und Holz, an frequenter Lage, soll mit wenig Anzahlung verkauft werden. Nähere Auskunft pr. Adr. N. N. poste restante franco Leipzig.

**Haus-Verkauf.**

In einer Regierungsstadt der Provinz Sachsen steht ein Haus im besten baulichen Zustande aus freier Hand zu verkaufen. Dasselbe liegt in einer vortheilhaften Lage und enthält 14 heizbare Stuben, 9 Kammern, 3 Küchen, 1 Waschhaus, 3 Keller, 6 größere und kleinere Böden, Brunnen, Wagenremise, Stallung für 12 Pferde, 4 Torfställe und 2 Schweineställe, großen Hofraum mit Einfahrt, nebst Garten und Gartenhaus. Außerdem enthält dasselbe einen großen Laden, worin seit 20 Jahren ein schwunghaftes Materialgeschäft betrieben wird.

Das Nähere ertheilt hierüber der Kaufmann J. G. Brüder zu Merseburg.

## Friedrich Schlüter in Halle,

große Steinstraße Nr. 86,

empfiehlt für den Frühjahrbedarf sein Lager von trockenen und geriebenen Bleiweißen, alle Sorten Farben für Maler und Maurer in den größten Mäßen, sowohl trocken als auch in Öl und Lack äußerst feingerieben, Firniß, Secatif zum Schnelltrocknen und die verschiedensten Lacke eigener Fabrikation.

## Colonia, Kölnische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Ein Auszug aus dem Protocolle der am 17. d. M. stattgehabten General-Versammlung der Gesellschaft liegt bei dem unterzeichneten Haupt-Agenten, sowie bei den Agenten seines Bezirks, zur Mittheilung an Jedem, der sich für die Anstalt interessirt, bereit. —

Hier genüge die Andeutung, daß die Colonia ihren günstigen Geschäftsstand dazu benutzt hat, um ihren Reservefonds ansehnlich zu verstärken.

Halle a/S., im April 1849.

Schreiber,  
Haupt-Agent.

Ködel, Agent zu Bitterfeld.  
Schröter, Agent zu Brehna.  
Eißner, Agent zu Delitzsch.  
Danneberg, Agent zu Düben.  
Lube, Agent zu Gilenburg.  
Conrad, Agent zu Gräfenhainchen.  
Kamprath, Agent zu Lauchstedt.  
Steckner, Agent zu Lützen.  
Dießchold, Agent zu Merseburg.  
Lindau, Agent zu Schaafstedt.  
Hering sen., Agent zu Schkeuditz.  
Reinhardt, Agent zu Börbig.

## Meier's Bad

in der Vorstadt Glaucha

eröffnet seine diesjährige Saison am 10. Mai, woselbst, wie in frühern Jahren, **Cool-, Schwefel-, Malz-, Seifen-, Kleien- und Mineralbäder** gegeben werden.

Besonders wird die hierzu neu eingerichtete Lokalität nebst Benutzung eines ziemlich geräumigen Gartens ergebenst empfohlen.

Für gute Bedienung ist stets gesorgt.

Bestellungen hierauf werden jederzeit im Bade angenommen.

## Mitbewohner des Saalkreises!

Die jetzige große Zeit tönt mit ihren Ereignissen laut an Jedes Ohr, laßt nicht ungehört und ungenutzt den Schall an Euch vorübergehen. Fort mit dem Gleichmuth jetzt, laßt uns wach sein, offen und deutsch; die Zeit ist so groß, laßt uns politisch leben. Der **Constitutionelle Verein** in unserm Kreise bietet Gelegenheit gar oft und mancherlei uns zu kräftigen und Einsicht von der Staatsform zu erlangen, die die unsere ist. Wir wollen nicht die Zeit und nicht die Mühe scheuen, wer thut nicht gern mehr zum Wohle des Vaterlandes? U. E. E.

## Dampfwagen-Karouffell-Verkauf.

Ein Karouffell, welches vor dem Jahre neu gebaut und jetzt wieder sehr gut reparirt ist, soll billig verkauft werden, da die jetzigen Besitzer das Geschäft nicht betreiben können. Dasselbe fährt 60 Personen, ist sehr durabel gebaut und ganz elegant eingerichtet. Die darauf Reflektirenden erfahren das Nähere bei

Halle.

W. E. Becker,  
Schmeerstraße Nr. 722.

Schauer'sche Buchdruckerei.

Ein leichter einspänniger Leiterwagen steht wegen Mangel an Raum billig zu verkaufen Rannische Straße Nr. 539.

Ein sehr gutes Jagdgewehr mit einem langen Rohre und ein Paar englische Pistolen sind zu verkaufen große Klausstraße Nr. 894 eine Treppe hoch.

Ein brauner Hund, polnische Rasse, mit verschnittenen Ohren und Ruthe, ist am Donnerstag den 26. April entlaufen. Der Wiederbringer erhält Rannische Straße Nr. 539 eine angemessene Belohnung.

Eine große Auswahl **Glacé-Handschuhe**, das Paar von 7  $\frac{1}{2}$  bis 1  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  empfang so eben, auch werden alte Glacé-Handschuhe für  $1\frac{1}{4}$   $\frac{1}{2}$  gewaschen bei Fr. Zimmermann.

**Erfurter Schuhe** neuester Façon empfang Fr. Zimmermann.

**Güter** für 6—8000  $\frac{1}{2}$  werden zu kaufen gesucht; auch sind 2000 bis zu 500  $\frac{1}{2}$  herab auszuliehen.  
A. Kuckenburg, Nr. 285.

$\frac{4}{5}$  L. A. T.  $\frac{18}{5}$  G. B. Br.

## Familien-Nachrichten.

### Verlobungs-Anzeige.

Als Verlobte empfehlen sich lieben Verwandten und Freunden

Rosamunde Pönicke und  
F. Boigt, Pastor.

Bedra bei Merseburg, d. 17. April 1849.

### Verbindungs-Anzeige.

Unsere am 30. April vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir unsern Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung hierdurch ganz ergebenst an.

Dösel, den 28. April 1849.

Friedrich Körner, Def.  
Friederike Körner geb. Hesse.

### Todes-Anzeige.

Gestern Abend 11 Uhr entschlief sanft und ruhig unsere gute Tante und Großtante, Jungfrau Johanne Marie Thomas, im bald vollendeten 80. Lebensjahre.

Neumark a. d. Elbe, den 25. April 1849.

Die Familien Eydorf u. Hemme,  
hier und in Weißensfeld.



Deutschland.

Berlin, d. 28. April. Seit dem Mittag hatten sich gestern einige Gruppen auf dem Dönhofsplatz gebildet, welche sich in ziemlich leisem Gespräch über die bekannt gewordene Auflösung der Kammer unterhielten. Im Laufe des Nachmittags versuchten zahlreiche Trupps von Schuzmännern die Menge auseinander zu treiben, was jedoch ohne sonderlichen Erfolg blieb. Bei dieser Gelegenheit ging es schon unruhiger her. Hier und da erhob sich Geschrei und Gepsseife. Auch andere kleine Redereien fielen vor. Ein unbedeutendes Detachement Infanterie, welches später auf den Platz rückte, zertheilte die Menge etwas, mochte sich aber doch zu schwach fühlen, um etwas Ernsthaftes zu unternehmen, und zog sich zurück. Hierbei soll es schon zu einigen Excessen und namentlich zu einem Austritt mit dem anführenden Offizier gekommen sein, über den wir jedoch nichts Authentisches vernehmen konnten. Die Menge war unterdeß zahlreicher geworden. Gegen 8 Uhr etwa rückte von mehreren Seiten Infanterie an. Das Alarmzeichen wurde gegeben und die von der Commandantenstraße herandrückende Abtheilung gab Feuer. Es wird mit Bestimmtheit versichert, daß 4 oder 5 Personen gefallen seien. Die Menge zerstreute sich in eiliger Flucht. Bald war der Platz von allen Seiten besetzt. Es erschienen noch Kavallerie. Man ließ einzelne Personen ruhig passiren. Schuzmänner verhinderten allzugroße Anhäufungen an den Seiten des Platzes. Die angrenzenden Straßen, namentlich die Leipziger und Markgrafenstraße, waren an beiden Seiten von dichten Gruppen besetzt, die in lebhafter, doch durchaus nicht lärmender Aufgeregtheit waren. Die Gegend nach den Linden zu und diese selbst waren sehr ruhig. Gegen 9 Uhr zeigten sich hier einige Kavallerie-Patrouillen.

Nachschrift. Gegen 10 Uhr wurden auch in der breiten Straße, der Kossstraße, der Markgrafenstraße Barricaden gebaut, die nach ihrer Vollenbung von Militär besetzt wurden. Auf dem Spittelmarkt fanden schon früher tumultuarische Auftritte Statt, wobei das Militär einschritt. Verwundungen fielen hierbei vor. Um 11 Uhr herrschte vollkommene Ruhe in der Stadt. (Sp. Btg.)

Herr v. Radowiz ist gestern hier angekommen. Er fuhr gleich zum Könige, mit welchem er eine mehrstündige Unterhaltung hatte. (D. R.)

Hannover, d. 26. April. „Die Hannov. Btg.“ bringt folgende Proclamation, die Auflösung der zweiten Kammer der Ständeversammlung betreffend:

Ernst August, von Gottes Gnaden u. Seitdem Wir unter dem 22. März v. J. Unseren getreuen Unterthanen die Grundsätze bekannt machten, nach denen Wir fortan Unsere Regierung zu führen dachten, ist Unser unablässiges Streben darauf gerichtet gewesen, diesen Grundsätzen vollständige Geltung zu verschaffen und die dazu nöthigen Geseze und Einrichtungen auf das Schleunigste ins Leben zu rufen. In diesem Streben hatten Wir Uns der kräftigen Mitwirkung der am 28. März vor. J. zusammengetretenen Ständeversammlung zu erfreuen; und wenn es gelungen ist, das Land durch die Stürme des vorigen Jahres in vielfach beneideter Ruhe und Sicherheit hindurch zu führen, und Unser geliebtes Volk schon jetzt in den Besitz von Rechten und Freiheiten zu setzen, um die Andere noch erfolglos ringen: so verdanken Wir dies größtentheils der Einsicht und Festigkeit, mit der jene Versammlung den Hauptgrundsatz Unserer Regierung und aller Staatskunst: daß keine Veränderung der Geseze anders als im verfassungsmäßigen Wege zu bewirken sei, auch unter den schwierigsten Umständen durchführte. Je mehr nun aber das Land diesem Grundsatz zu danken hatte, je deutlicher die Erfahrung eben jetzt gelehrt hat, daß dieser Weg überall nicht nur der sicherste, sondern auch der kürzeste zu weisem Fortschritte ist, je mehr sich die wohlthätigen Früchte jenes Grundsatzes in Unserm Lande zeigten: um so mehr durften Wir erwarten, daß die neue Ständeversammlung, welche den Gewinn der vorjährigen Arbeiten dem Lande sichern sollte, in demselben Geiste handeln werde. Wir sind gewiß, daß Unser treues Volk, daß selbst Viele unter denen, die zur Vereitelung dieses glücklichen Ausgangs beigetragen haben, in der That nichts Anderes

wollten. Um so tiefer beklagen Wir es aber, daß die zweite Kammer durch die Schwierigkeiten, welche die Gegenwart noch immer bietet, auf eine Bahn geleitet ist, welche sich von jenem obersten Grundsatz verfassungsmäßigen Wirkens gänzlich entfernte, und damit die Erreichung des Ziels unmöglich macht. Der Grund dieser Erscheinung liegt in dem Verhältnisse zu der in Frankfurt zusammengetretenen Nationalversammlung. Der Zweck, den diese zu erreichen bestimmt war, die innere Einigung Deutschlands, und die Verwandlung des Deutschen Bundes in einem wahren Bundesstaat, ist von Uns wie von Unsern Vorfahren an der Regierung in seiner vollen Größe und Bedeutung stets erkannt und erstrebt. Die auf gleiches Ziel gerichteten Wünsche Unseres getreuen Volks konnten Uns daher nur erfreuen. Um so schmerzlicher aber war es auch hier, daß jene Versammlung den allein wahren, und unter den schwierigen und verwickelten Staatsverhältnissen Deutschlands doppelt gebotenen Weg sofort verließ und sich allein Befugnisse zuschrieb, welche ihr nur in Gemeinschaft mit den Fürsten Deutschlands übertragen waren und welche Wir derselben nie zugestehen können. Leider ist hiedurch auch in der zweiten Kammer Unserer Ständeversammlung ein Geist gewekt, dessen Streben weniger darauf gerichtet schien, in Wahrheit die Einheit Deutschlands und die Vermehrung der Volksrechte zu fördern, als jenen gefahrdrohenden Irrthum der National-Versammlung zur Geltung zu bringen; und welcher demnach mit dem Grundsatz verfassungsmäßigen Fortschritts, auf welchem Unsere Regierung beruht, völlig unvereinbar ist. Es ist bekannt, welche Verhandlungen in der zweiten Kammer der allgemeinen Ständeversammlung über die Grundrechte des Deutschen Volks stattgefunden haben. Während Unsere Regierung bereit war, alle Bestimmungen derselben, welche dem Volke wahrhaft nützlich gefunden wurden, sofort ins Leben zu rufen; ja der Einheit Deutschlands auch hier noch weitere Opfer zu bringen, wenn die Stände nur das Mittel geben wollten, dies auf verfassungsmäßige Weise zu thun; weigerten diese beharrlich, auf die Prüfung der Sache einzugehen, und bestanden darauf, daß die Publication der Grundrechte in einer Weise bewirkt werden solle, welche nach der Verfassung des Landes nicht geeignet war, denselben Gesezskraft zu verleihen. Wir haben gesucht auf jede Weise die Eintracht zu erhalten; und namentlich durch eine Vertagung den Anlaß des Conflictes zu beseitigen. Es hat aber auch die hierauf geübte Hoffnung sich nicht verwirklicht. In der Zwischenzeit ist die Deutsche Verfassungsfrage nicht erledigt; und Wir haben Uns zu einer Verlängerung der Vertagung genöthigt gesehen. Dagegen aber haben Mitglieder der Ständeversammlung gegenwärtig Schritte gethan, welche Uns die unabwiesliche Pflicht auflegen, auch Unsererseits von den Rechten Gebrauch zu machen, die Wir zum Schuze der Verfassung zu üben haben. Das Wesen repräsentativer Verfassung beruht darin, daß Regierung und Volksvertreter offen und redlich ihre Ansichten und Wünsche einander darlegen, und nach freier und unbefangener Erörterung die Beschlüsse gefaßt werden. Zu diesem Ende sichert die Verfassung die freieste Berathung und Rede, und haben Wir selbst im vorigen Jahre Offenlichkeit gewährt und Unsere Minister verpflichtet, persönlich vor den Ständen zu erscheinen und ihre Anträge zu erläutern. Wäre es möglich, ein Verfahren herbeizuführen, welches die Berathung aus dem Ständesaale in heimliche Zusammenkünfte verlegte, welches den Gründen der Regierung das unbefangene, offene Ohr und Gemüth der Volksvertreter verschließt, welches das Mittel gebe, vor der Verhandlung durch einseitige Vorstellungen die Stimme zu binden, und so die Verhandlungen selbst zu einem leeren Schauplatz ungewirkamer Redefünfte zu machen: so würde damit die ganze Verfassung werthlos gemacht sein. Wir haben der Behauptung, daß während der letzten Sitzung ein solcher Mißbrauch eingeschlichen sei, keinen Glauben beimessen mögen. Leider liegt es aber jetzt am Tage, daß auch dieses Mittel nicht gescheut wird. Schon am 12. d. M. hat hier eine Versammlung stattgefunden, in welcher 44 Mitglieder der Ständeversammlung, denen nachher noch 15 hinzugekommen sind, durch Namensunterschrift sich zu Beschlüssen bekannt haben, die nur das Ergebnis freier ständischer Berathung hätten sein sollen. Gegenwärtig aber ist man gar so weit gegangen, den Versuch zu machen, während der Vertagung die Mehrheit beider Kammern zur Unterschrift einer Eingabe zu bewegen, welche dieselbe verpflichten soll, die Regierung zu nöthigen: 1) Sich mit der von der National-Versammlung beschlossenen Verfassung als solcher einverstanden zu erklären, und 2) Uns zu vermögen, zu der auf Se. Majestät den König von Preußen gefallenen Wahl zum Deutschen Kaiser Unsere Zustimmung zu geben. Dieser Versuch, ständische Majoritäten zu einer Adresse während der Vertagung zusammenzubringen und die Stimmen der Kammermitglieder für die Zukunft zu binden, widerspricht dem wahren Geiste der Verfassung so entschieden, daß Wir selbst bei einem gleichgültigen Gegenstande Uns genöthigt sehen würden, demselben entgegenzutreten. Wenn aber auf diese Weise die freie und öffentliche Berathung über einen Gegenstand, der die höchsten Rechte und Interessen Unserer Krone, Unseres Landes und Volkes, ja die Existenz des Staats selbst betrifft, abgeschnitten werden soll: so würden Wir Unsere königliche Pflicht nicht erfüllen, wenn Wir in einem solchen außer-

wagen  
lig zu  
9.  
einem  
he Pi-  
straße  
Kaffe,  
e, ist  
auf.  
Straße  
ng.  
and-  
1 Rf  
Blace-  
wei  
nn.  
Fagon  
an.  
berden  
0 bis  
85.  
Br.  
en.  
Ber-  
1849.  
peliche  
unden  
ldung  
ffe.  
sanft  
Groß-  
Tho-  
bens-  
April  
e,

ken Falle nicht von dem zum Schutze der Verfassung selbst in unsere Hände gelegten Rechte der Auflösung Gebrauch machen wollten. Wir thun das mit tiefem Schmerze. Nach den Erfahrungen des vorigen Jahres nach dem Gange, den Wir beobachtet, waren Wir berechtigt zu erwarten, daß die Mitglieder der Ständeversammlung sich gleich Uns an die Verfassung gehalten und mit Vertrauen und Offenheit das von uns bewiesene Vertrauen erwidert haben würden. Wir sehen mit Leidwesen die Fortschritte der Gesetzgebung, die das Wohl des Landes verlangt, und zu denen Wir Unsererseits alles Nöthige gethan, unterbrochen und gehemmt. Wir erkennen die Gefahr, in einem Augenblicke, wie der gegenwärtige, der Stütze zu entbehren, welche eine gerechte und wohlwollende Regierung in den Ständen dieses Landes gefunden hat. Allein Wir vertrauen dem Schutze der Verfassung; Wir vertrauen Unserm Volke, das unter allen Verhältnissen Uns und Unsern Vorfahren treue Anhänglichkeit bewiesen. Wir wissen, daß selbst jenen irrigen und gefährlichen Schritten bei Vielen nur mangelhafte Erkenntniß zum Grunde liegt; und so zweifeln Wir nicht, daß es gelingen werde, das Vaterland auch aus dieser neuen Gefahr zu retten. Wir erklären also nach §. 51 des Verfassungs-Gesetzes vom 5. September v. J. die gegenwärtige zweite Kammer für aufgelöst, und behalten Uns vor, wegen Berufung eines neuen Landtags das Weitere zu verfügen. Hannover, den 25. April 1849.

Ernst August.

Bennigsen. Prot. Stüve, Dr. Braun. Lehzen. Düring.

## Kammerverhandlungen.

### Zweite Kammer.

Berlin, den 27. April.

Am Ministertisch: Graf Brandenburg, v. Radenberg, v. Mantuffel, v. Strotha, v. d. Heydt, Graf Arnim, v. Rabe, Simon.

- Tagesordnung: 1) Verlesung des dringenden Antrags der Abgeordneten Aldenhoven und Genossen.
- 2) Revidirter Gesetzentwurf betreffend die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Vereins- und Versammlungsrechtes.
- 3) Bericht der Kommission für die Geschäfts-Ordnung über den dringlichen Antrag der Abgeordneten Knauth und Genossen, die Abänderung des §. 59 der Geschäfts-Ordnung betreffend.
- 4) Bericht derselben Kommission über den dringlichen Antrag der Abgeordneten Schulte und Genossen auf Ernennung einer Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse der Arbeiter u.
- 5) Bericht der Fach-Kommission für Handel und Gewerbe.
- 6) Vorläufiger Bericht der Kommission für das Justizwesen über den dringenden Antrag der Abgeordneten de Szo und Genossen wegen Niederschlagung der Untersuchung, welche in Betreff des in Aachen stattgehabten Tumults anhängig ist.
- 7) Bericht derselben Kommission über die Anträge der Abgeordneten Pfänder und Genossen und Herr und Genossen betreffend die Amnestirung der seit dem 18. März 1848 verübten politischen Verbrechen und Vergehen.
- 8) Bericht der Kommission für die Geschäfts-Ordnung über den dringlichen Antrag der Abgeordneten Gessler und Genossen: das rücksichtlich der Dringlichkeits-Anträge zu beobachtende Verfahren betreffend.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Hierauf erfolgt die Vorlesung des dringlichen Antrags Aldenhoven und Genossen: „Die hohe Zweite Kammer wolle folgendes Gesetz beschließen:

§. 1. Während der Dauer der Sitzungsperiode beider Kammern dürfen innerhalb der Entfernung von zwei Meilen von dem Orte des Sitzes derselben Versammlungen unter freiem Himmel nicht stattfinden.

Diesen Versammlungen werden öffentliche Aufzüge gleichgestellt. Leichenbegängnisse, so wie die Züge der Hochzeitsversammlungen nach und aus der Kirche werden jedoch nicht hierher gerechnet.

§. 2. Ist eine Versammlung den Vorschriften des §. 1 zuwider unternommen, so hat Jeder, welcher dazu auffordert oder auffordern läßt, oder darin als Ordner, Leiter oder Redner thätig ist, eine Geldstrafe bis zu 100 Thlr. oder Gefängniß bis zu 3 Monaten verwirkt.

Wer an einer nach §. 1 verbotenen Versammlung Theil nimmt, unterliegt einer Geldbuße bis zu 5 Thlrn.

Wer sich auf die Aufforderung eines Abgeordneten der Polizei-Behörde nicht sofort von dem Plage, wo eine verbotene Versammlung stattfindet, entfernt, hat Geldbuße bis zu 100 Thlr. oder Gefängniß bis zu 3 Monaten verwirkt.

Die Aufforderung kann nöthigenfalls durch die bewaffnete Macht zur Ausführung gebracht werden.

§. 3. Dieses Gesetz hat so lange Gültigkeit, bis ein allgemeines Gesetz zur Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts in Kraft tritt.

M o t i v e.

Nach Aufhebung des Belagerungszustandes darf die Staatsregierung der gesetzlichen Mittel zum Schutze der Kammern nicht entbehren.

Aldenhoven. Pelger (Kenep). Carl. Ulrichs. Keller. Elwanger. Ambronn. Krahn. v. Moeller (Duisburg). v. Wedell. v. Bülow. v. Ploeg. v. Arnim. Graf Poninski (Köwenberg). Ebert.

Die Dringlichkeit des Antrags wird hinreichend unterstügt. Derselbe wird mit 159 gegen 158 Stimmen an die Justiz-Kommission verwiesen. Hierauf liest der Minister-Präsident die (bereits mitgetheilte) Allerhöchste Ordre vor, wodurch die Zweite Kammer aufgelöst und die Erste Kammer vertagt wird.

Der Präsident erklärt die Sitzung für geschlossen. (12 Uhr.)

## Deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt, den 24. April.

Die Sitzung wird um halb 10 Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Ministerpräsident v. Gagern, Kriegsminister v. Peucker, die Unterstaatssekretäre Bassermann, Fallati und Mathy. Abg. Albert fragt das Reichsministerium des Krieges, welchen Erfolg die Sendung des Offiziers gehabt habe, der nach einer neulichen Beantwortung der Interpellation Simons von Trier durch den Reichskriegsminister nach Württemberg abgesendet wurde, um sich über die näheren Umstände des Abmarsches der württembergischen Reichstruppen aus Baden zu erkundigen? Hierauf giebt Reichskriegsminister v. Peucker folgende Erklärung: Der Stabsoffizier des Reichskriegsministeriums, welcher zu der im badischen Oberlande im Reichsdienste aufgestellten württembergisch-badischen Division entsendet worden ist, hat bei seiner Ankunft daselbst gefunden, daß auf den Grund eines Befehls Sr. königl. Hoheit des Prinzen Friedrich von Württemberg (Oh!), welcher seither als Kommandirender des 8. Armeekorps eine Zwischeninstanz zwischen der Centralgewalt und Sr. k. Hoh. dem Prinzen Karl von Baiern, dem Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps, bildete, die königl. württ. Brigade seit dem 18. d. M. ihre bisherigen Stellungen im badischen See- und Oberhainkreise verlassen und eine Aufstellung längs der württembergischen Grenze bezogen hatte, und daß derselben der Rückmarsch nach Württemberg in Aussicht gestellt war. Der gebachte Stabsoffizier hat den ihm für einen solchen Fall ertheilten Instruktionen gemäß, dem königl. württ. Befehlshaber jener Division die Aufforderung überbracht, die königl. württ. Brigade sofort in die den seitherigen Anordnungen der Centralgewalt entsprechenden und ohne deren Vorwissen verlassenen Stellungen zurückzuführen, da keine im Reichsdienste aufgestellten Truppen ohne Vorwissen und Genehmigung der Centralgewalt den ihr von letzterer gegebenen Bestimmungen eigenmächtig entzogen werden dürfen. (Bravo.) Dieser Aufforderung ist von dem Divisionsbefehlshaber sogleich entsprochen worden, und wird die nähere Veranlassung zu jenem Befehlskonflikt durch weitere Verhandlung aufgeklärt werden. (Bravo!)

Der Vorsitzende verkündet den Uebergang zur Tagesordnung. Fortsetzung der Berathung des vom Abg. Kierulff erstatteten Berichts, Namens des Ausschusses zur Berichterstattung über den Bericht der Deputation von Berlin und zur Vorberathung derjenigen Maßregeln, welche zur Durchführung der verkündigten Reichsverfassung nöthig erscheinen. Zuerst erhält das Wort

Abg. Grävell: Es ist uns nicht möglich, den Redner wegen seines leisen Torgans und der beständigen Unruhe auf der linken Seite des Hauses zu vernehmen. Der Redner ist für den Majoritätsantrag eingeschrieben. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Schöffel. Er habe sich als Redner einschreiben lassen, um gegen alle Ausschußanträge und seinen eigenen Antrag zu sprechen; allein da gestern verlautete, man wolle nur deswegen discutiren, um Zeit zu gewinnen, so verzichte er auch, da er es für unwürdig halte, in dem eingelegten Zwischenakt der lächerlichsten Ausschußposse mitzuwirken. (Beifall links.)

Der Vorsitzende erklärt, er könne den Redner die Tribune nicht verlassen lassen, ohne ihn wegen eines solchen Ausdrucks gegen einen Beschluß der Versammlung zur Ordnung zu rufen.

Abg. Schöffel antwortet, er müsse sich diesen Ordnungsruf gefallen lassen, er thue es um so lieber, als er hoffe, daß die Zeit kommen werde, wann der Ordnungsruf von anderwärts über diese Versammlung erfolgen werde.

Abg. Biedermann giebt zuerst einige Andeutungen über die Beweggründe, welche die Deputation in Berlin geleitet, und erklärt, daß die Deputation die Antwort des Königs nie als eine vollkommene Ablehnung betrachtet hat, wie Herr Reichensperger behauptete. Sowie er trotz der Unruhe auf der Linken einnehmen können, erklärt sich der Redner für eine defensive Haltung der Reichsversammlung gegenüber Preußen, ferner

für die württembergische Kammer und das Ministerium, gegen den König, welcher inconstitutionell habe handeln wollen. So lange noch eine Hoffnung vorhanden ist, daß sich die Dinge auf eine friedliche Weise entwickeln werden, müssen wir für den Majoritätsantrag stimmen. Preußen wird annehmen, darüber zweifelt der Redner nicht, es muß, wenn es die Folgen berücksichtigt, welche eine unbedingte Ablehnung für das übrige Deutschland und so rückwirkend für Preußen selbst hätte. Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel unterzieht der Redner einer strengen Beurteilung; er drückt gleichfalls die Hoffnung aus, daß es nicht lange mehr werde bestehen können.

Unterstaatssecretär Basser mann: Die Führer des württembergischen Volkes sprachen, wir sind auf dem gesetzlichen, auf dem rechten Wege, und sie hatten recht. Wenn die Erfolge, von denen heutige Nachrichten sprechen, wahr sind, so haben wir sie der gesetzlichen Haltung der Württemberger zu verdanken. Ahnen wir ihnen hierin nach. Wir haben unsere Verfassung; wir werden an ihr halten, wir werden siegen, wenn wir wollen. Verlezen dürfen wir sie nicht; dies wäre keine Empfehlung für sie. Der Redner erklärt sich für den Antrag der Majorität und gegen die Minoritätsberichte. Würden Sie, fährt der Redner fort, jenen preussischen Prozeß zum Heile Deutschlands fördern, würde jenes spezifische Preussenthum, welches wir bekämpfen müssen, sich nicht vielleicht wieder fühlen, wenn wir von hier aus neue Wahlen ausschreiben, oder zu sonstigen Executivmaßregeln schritten? Entweder wir haben eine Centralgewalt, oder wir haben keine. Haben wir eine, so ist der Antrag auf einen Vollausschuss unnothig. Ich warne Sie vor solchen Maßregeln. Man schlägt vor, in den Einzelstaaten, wo die Verfassung noch nicht anerkannt ist, auf die Zusammenberufung der Stände zu dringen. Nein! meine Herren, jetzt soll es sich gerade herausheben, welcher ein Zustand in den Ländern ist, welche die Verfassung annehmen, und in denen, wo es nicht geschieht. (Sehr gut!) Die in den erstern herrschende Ruhe und Ordnung wird verlockend einwirken auf die andern, die sich eben in Gährung befinden, weil man sich gegen die Annahme sträubt. In diese werden wir unsere Bomben werfen. Ich will mich nicht des Muthes zur Unbesonnenheit rühmen, aber ebensowenig kann man unserer Partei den Vorwurf der Unentschlossenheit machen. Der Redner berührt hierauf die verschiedenen Aeußerungen, welche sich neuerdings während dem Laufe der Diskussion über das Benehmen der Nationalversammlung gegenüber Oesterreich haben vernehmen lassen. Ich verzweifle wirklich an solchen, fährt derselbe fort, welche jetzt noch an die Möglichkeit einer Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland glauben. Man wirft uns vor, wir haben die innigen Bande zwischen Oesterreich und Deutschland zerrissen. Wann gab es je solche? Wir haben unser Möglichstes gegenüber Oesterreich gethan. Wenn die Schwierigkeiten, die sich der Bildung des Bundesstaates entgegenstellten, groß waren und noch sind, so liegt das an der Aufgabe und nicht an dem Wege. Ich erinnere an die vielen Angriffe, welche das Ministerium während der Dauer seines Wirkens zu dulden hatte. Es ließ sich deswegen nicht irre machen und hatte aus. Hoffen wir, daß sein Wirken von einem günstigen Erfolge werde gekrönt werden. Der Redner wirft hierauf einen Blick auf die nachtheiligen Wirkungen, welche das Bestreben der radikalen Partei in Europa hervorgebracht. Zuerst blickt er nach Frankreich. Ich fürchte sehr, ich fürchte, daß, wenn die Geschichte so fortschreitet, die einstige Opposition gegen Guizot wird einsehen müssen, daß Guizot Recht hatte. Blicken Sie auf die Schweiz. Wie schwer war es, dieses kleine Land zu vereinen. Die Wiener hatten alle Freiheit, aber weil sie seit 10 Monaten die Rathschläge befolgten, wie Sie sie gegeben (zur Linken gewendet), hatten sie nie genug und wir sehen wie weit es mit ihnen gekommen. Wären wir denselben Weg gegangen, so weiß ich nicht, ob diese Versammlung nicht dasselbe Loos gehabt hätte, wie die österreichische. Wenn sie noch besteht, so verdankt sie es dem Verhalten ihrer Mehrheit. (Lärm links.) Blicken wir nach Italien. Wer hat dem Unabhängigkeitskampfe des italienischen Volkes den Sieg unmöglich gemacht? (Zur Linken.) Ihre Partei, welche es so weit brachte, daß ein Pius IX. fliehen mußte, daß man den edlen Gioberti als Staatsverräter erklärte. Ich fürchte sehr, wenn man in diesem Augenblicke in Württemberg Ihre Pläne vollführte, dies sehr unheilbringend auf die preussische Krise, auf den Stand des Vaterlandes einwirken würde. Ich betrachte nicht, wie Herr Bogt, die Verfassung als die erste Sprosse einer Leiter, auf welcher eine stehende Partei zur Spitze hinanklettert. Ich betrachte das Vaterland nicht als ein Schachbrett, worauf fortwährend darum gekämpft wird, ob der Bauer den König matt mache. Ich sehe in der Verfassung ein wohlthätiges Haus, in welchem jeder sich nach Bequemlichkeit einzurichten sucht. Ich bin überzeugt, daß das Volk selbst eines längeren Parteihabers überdrüssig werden wird. Es will Wohlstand; nach ihm sehnt es sich seit einem Lebensalter. So wie ich mit Lessing glaube, daß der wahre Ring in religiöser Beziehung nicht zu finden sei, so wenig glaube ich, daß er in politischer Beziehung aufgefunden werden könne, daß irgend eine Partei behaupten könne, ihre Ansicht sei die allein richtige, allein glücklich machende. Das deutsche Volk wird mit derjenigen Partei halten, welche die Verfassung am

besten anzuwenden gedenkt. Behaupten wir uns daher vereint auf dem Boden derselben, damit dem Volke nicht das kostbarste zu Grunde gehe, die Einheit. (Beifall.) Abg. Löwe aus Galbe: Die Versammlung hat die Conflict mit den Einzelstaaten früher gesehen, daher der jetzige üble Stand der Dinge. Doch ist die Zeit günstig zur Gründung einer neuen Politik. Die Regierungen, welche die Verfassung anerkannt haben, sollten verpflichtet werden, ihre Durchführung in den andern Staaten zu erwirken. Der Redner erklärt sich für den Raveaux'schen Antrag. Der Vorsitzende meldet, daß zwei Anträge, einer auf Schluß der Debatte, der andere auf Vertagung vorliegen. Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Nächste Sitzung morgen Donnerstag den 26. April Morgens 9 Uhr. Tagesordnung: Abstimmung über den Ausschussantrag.

Frankfurt, d. 26. April.

Die Sitzung wird um 9 $\frac{1}{2}$  Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Reichsministerpräsident v. Gagern, Justizminister R. Mohl, Unterstaatssecretär Mathy. Ein Flottenbeitrag von 143 fl. 45 kr. ist eingelaufen. (Bravo!)

Ein dringlicher Interpellation des Abg. Buttke wird die Dringlichkeit zuerkannt. Derselbe fragt: Ist dem Reichsministerium eine noch nicht veröffentlichte Erklärung der k. preussischen Regierung und desgleichen eine der k. bayerischen Regierung in Betreff der Reichsverfassung zugekommen, und will das Ministerium dieselben dem Hause vorlegen?

Reichsministerpräsident H. v. Gagern: Meine Herren! Eine neue Erklärung der k. preussischen Regierung außer den bereits bekanntem in Bezug auf die Verfassung ist nicht eingetroffen. Eine Erklärung der bayerischen Regierung ist allerdings gestern Abend eingetroffen, allein sie ist sehr ausführlich und nur der Umstand, daß die Abschrift derselben noch nicht bewerkstelligt werden konnte, ist Schuld, daß sie dem Hause noch nicht vorliegt. Bereits ist verfügt, daß sie dem Vorsitzenden des Hauses übergeben werde. Ich nehme aber keinen Anstand zu bemerken, daß diese Erklärung, theils sich stützend auf das Vereinbarungsprincip, theils auch einige Punkte der Verfassung selbst, dieselbe nicht anerkennt. (Oh!)

Ein zweites dringliches Interpellation wird die Dringlichkeit gleichfalls zuerkannt. Der Abg. Junghans fragt, ob es wahr sei, daß aus der Reichsfestung Mainz Munition nach Oesterreich gebracht worden, und was das Ministerium dagegen zu thun gesonnen sei?

Reichsministerpräsident H. v. Gagern: Ich kann diese Interpellation nicht beantworten, der Reichskriegsminister ist nicht anwesend, die Interpellation muß daher den Weg gehen, welchen die Geschäftsordnung vorschreibt. — Der Vorsitzende verkündet den Uebergang zur Tagesordnung.

Der Abg. Simon von Trier, Berichterstatter des Minoritätsberichts I., erhält das Wort. — Der Redner berührt zuerst den Austritt Oesterreichs, nennt das Benehmen der österreichischen Regierung schamlos, erklärt, daß man mit einer solchen Regierung nicht in Verhandlung treten dürfe, und meint: der Ruf der Freiheit wird so lange an dieses Kinn (Oesterreich) schlagen, bis es in einer prophetischen Nacht zusammenstürzen wird. (Bravo links.) Er verspricht sich den besten Erfolg von der Beidigung auf die Verfassung. Wir müssen gerüstet dastehen.

Abg. Raveaux, Berichterstatter der Minorität, befürwortet das Erachten derselben. Er hebt besonders hervor, warum die Minorität II die Centralgewalt aufrecht erhalten wissen will, so lange sie im Sinne der Versammlung ihre Pflicht thue. Und das thue sie, der Herr Ministerpräsident habe erst gestern in dem Ausschusse erklärt, daß alle umlaufenden Gerüchte über Seine kaiserliche Hoheit unwahr seien, derselbe habe nie seine Unterschrift verweigert.

Abg. Kierulff, Berichterstatter der Majorität, erinnert, daß der Standpunkt, welchen die Mehrheit angenommen, der ist, daß es noch unentschieden ist, ob der König von Preußen annimmt oder nicht. Durch Revolutioniren, und sei es ein gesetzliches, wie es Herr Raveaux auch einmal vorschlägt, wird die Antwort auf die Frage, ob annehmen, ob ablehnen, abgeschnitten. Der Redner kehrt einige Mängel des Majoritätsberichts vor, erklärt sich für einige Bestimmungen des Schubert'schen, des Rappart'schen Antrags. Der Vorsitzende erklärt die Debatte geschlossen und schreitet zur Abstimmung. Er verliest sein Abstimmungsproject, welches von der Versammlung angenommen wird. Die Versammlung erhebt zum Beschlusse Aliena 1 und 4 des Majoritätsberichts und Aliena 2 und 3 des Schubert'schen Antrags, lautend wie folgt:

- 1) Die Reichsversammlung erklärt, in Uebereinstimmung mit ihrer nach Berlin gesandten Deputation, daß die Annahme der durch die verfassunggebende Reichsversammlung dem Könige von Preußen übertragenen Würde des Reichsoberhauptes die Anerkennung der Reichsverfassung voraussetze.

2) Die Regierungen, welche die Anerkennung der verkündeten Reichsverfassung noch nicht erklärt haben:

a) sind aufzufordern, die Anerkennung der Reichsverfassung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgesezes nunmehr auszusprechen;

b) dieselben Regierungen sind zu veranlassen, sich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, seinen Willen kund zu geben, in diesem entscheidenden Augenblicke geschmälert oder entzogen würden; insbesondere von ihrem Rechte, die Ständeversammlungen zu vertagen oder aufzulösen, keinen Gebrauch zu machen, welcher die Kundgebung des Volkswillens verhindert, — vielmehr dieselben in Thätigkeit zu setzen oder zu belassen, bis die Reichsverfassung zur Anerkennung gebracht sein wird.

3) Sie beschließt, die provisorische Centralgewalt im Interesse der allgemeinen Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands zu ersuchen, die vorstehenden Beschlüsse in Vollzug zu setzen, und erwartet bis zum 3. Mai die Vorlage des Reichsministeriums über den Erfolg.

4) Der erwählte Ausschuss bleibt bestehen, um je nach Lage der Dinge weitere Maßnahmen zu beraten und der Reichsversammlung vorzuschlagen.

Der Vorsitzende verkündet, daß die in Rede stehende bayerische Note bereits dem Bureau zugekommen. Sie wird dem Druck übergeben. — Nächste Sitzung: Montag den 30. April.

### Gingefandt.

So sind wir nun in der deutschen Frage zu einem Abschluß gelangt, ob es ein segensvoller ist, wird die Zukunft lehren.

Die preussische Regierung hat die Annahme der in Frankfurt festgestellten deutschen Verfassung entschieden abgelehnt und die Erklärung gegeben, daß das preussische Kabinet auf Grund dieser Verfassung, und ohnerachtet der Zustimmung von 29 deutschen Regierungen, nicht an die Spitze Deutschlands treten werde.

Die Würfel sind gefallen, die preussische Regierung hat sich gegenübergestellt den übrigen 29 deutschen Regierungen — die preussische Regierung hat sich gegenübergestellt einer Versammlung, die wohl mit Recht als Trägerin der öffentlichen Meinung in Deutschland angesehen werden kann — die preussische Regierung hat sich entgegengestellt den aus allgemeinem Bedürfnis hervorgegangenen und enthusiastisch gehobenen Wünschen der Mehrzahl deutscher Herzen. Es heißt jetzt, Preußen oder Deutschland, ja mit Wehmuth müssen wir sagen, Preußen gegen Deutschland.

Und dieses Preußen, dem durch eine Reihe von Jahren hindurch bis auf die neueste Zeit von Süd-Deutschland und allen deutschen Patrioten der Vorwurf gemacht worden, daß es, anstatt als mächtigster deutscher Staat dem Beruf zu folgen, sich an die Spitze des deutschen Fortschritts zu stellen, denselben aufgehalten habe; dieses Preußen, bei dem man endlich im vorigen Jahre einen Umschwung, die Befolgung eines neuen für Deutschland glücklichen Prinzips eintreten meinte, von dem man hoffte, daß es durch endgültige Begründung der deutschen Einheit, der Förderung aller wahren deutschen Interessen die Krone aufsetzen würde; Preußen, zu dem, mit der steigenden Hoffnung zu diesem Resultat die Sympathie deutscher Herzen in allen Gauen des großen Vaterlandes von Tage zu Tage gewachsen, — Preußen hat am Tage der Entscheidung einen Riß gemacht durch Deutschland, und einen Bruch gemacht mit Deutschland, größer denn je. — Die preussische Regierung hat die deutsche Einheit in dem Augenblicke, wo sie verwirklicht werden sollte, — zerstört und in fernere Aussicht geschoben, als sie je gestanden.

Die preussische Regierung, — indem sie die Autorität einer Versammlung mißachtet, die vor einem Jahre unter dem Zujuchzen des gesammten deutschen Volkes, von sämtlichen

deutschen Regierungen als eine, mindestens den letztern ebenbürtige und gleichberechtigte anerkannt worden, hat mit ihrem eigenen seit vorigem Jahre aufgestelltem Prinzip gebrochen und eben so und noch mehr dadurch, daß sie den Ausdruck der Wünsche des eigenen Volkes, wie er in den Beschlüssen der preussischen Kammern hervorgetreten, nicht beachtet.

Die von den deutschen Deputirten in Frankfurt gefertigte Verfassung hat ihre Gefahren, das wird jeder besonnene Patriot einsehen, aber sie sind nicht unabänderlich. Wäre im gegenwärtigen Augenblicke von der mächtigsten der deutschen Regierungen, — in richtiger Würdigung des allgemeinen Verlangens dem deutschen Volke Vertrauen bewiesen worden, — der befriedigte Enthusiasmus würde bald einer ruhigen vernünftigen Prüfung und Ueberlegung Platz gemacht haben und das deutsche Volk würde in die nächsten verfassungsmäßigen deutschen Kammern Männer geschickt haben, die doch die Aufgabe gestellt haben würden, im Sinne wahrer Staatswohlfahrt die von der ersten deutschen National-Versammlung festgestellte Verfassung zu revidiren. —

Es giebt Ueberstürzungen im Staatenleben, wie im Leben des Einzelnen, ich leugne nicht diese Gefahren und ich verkenne nicht, daß sie namentlich zu Ende vorigen Jahres an vielen Stellen unseres Vaterlandes Platz zu greifen drohten — aber ein richtiges Gefühl im Volke wird es dann dazu führen, sich auf diejenige Seite in der Mehrzahl zu stellen, wo der Ueberfluthung ein Damm gesetzt wird — und so wie im vorigen Jahre, als es galt, Ordnung herzustellen, die öffentliche Meinung ihre Bestimmung und Unterstützung gegeben — so dürfen wir uns auch der Hoffnung hingeben, daß bei künftigen ähnlichen Gefahren die Stimme der Wahrheit siegreich ertönen würde. —

Die gewaltsamen Experimente der Beruhigung dürfen allerdings nicht zu oft kommen und deshalb muß bei der endlichen Feststellung einer Verfassung Fürsorge getroffen werden, aber jetzt kam es darauf an, — wie schon anderwärts gesagt worden, — zwischen zwei Uebeln das kleinere zu wählen.

Die Einheit Deutschlands mußte definitiv begründet werden, wenn auch mittelst einer Verfassung, die Einiges zu wünschen übrig ließ. Es gilt, dem Zeitgeiste Rechnung zu tragen.

Die deutsche Verfassung, wie sie von der Nationalversammlung festgestellt ist, hegt Elemente in sich, die zu einer Ueberstürzung der Freiheit führen können, — aber diese können und dürfen nicht daraus entfernt werden, im Wege der Gewalt — des Widerstandes — sondern im Wege der Verständigung, der Revision. Die preussische Regierung, die eine Constitution für das engere Vaterland anerkannt hat auf demokratischer Grundlage — sie hat nicht die Verpflichtung, dem Vordringen der reinen Demokratie sich zu fügen — aber sie muß, dem ausgesprochenen Prinzip treu, die Macht des Volkes außer in der persönlichen Freiheit, Gleichberechtigung aller Staatsbürger in der Selbstverwaltung in der Gesetzgebung auch anerkennen in der Controle der Regierungen in allen inneren und äußeren Angelegenheiten — die Minister müssen der Volksrepräsentation nicht bloß verantwortlich sein für Vergehen und Verbrechen gegen die Verfassung, sie müssen sich auch dem Verlangen der öffentlichen Meinung fügen — sonst würde die constitutionelle Monarchie dem Wesen nach eine absolute sein. So stehen wir denn jetzt an der Schwelle einer sorgenvollen Zukunft; sollen wir wirklich am Scheidewege bleiben, soll die Lösung gelten — Zwietracht, nicht Eintracht — soll nicht wiederum umgekehrt und eingelenkt werden, dann werden lange Blätter der Geschichte zu reden haben von Tagen der Trauer.

W. v. Weltheim.